

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.08.2018
- 3 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für die
Landeshauptstadt Potsdam sowie Schwerpunkte der kommunalen
Kriminalitätsprävention
gemäß Beschluss: 16/SVV/0719
- 4 Inanspruchnahme des BMI-Förderprogrammes "Sanierung kommunaler
Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" für das Projekt
"Neues Funktionsgebäude im Strandbad Babelsberg für Bäderlandschaft
Potsdam und Potsdamer Seesportclub"
Vorlage: 18/SVV/0658
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 5 Austragung des PRIX EUROPA
Vorlage: 18/SVV/0663
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Weiternutzung Rechenzentrum
Vorlage: 17/SVV/0536
Fraktion DIE LINKE
- 6.2 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Fraktion CDU/ANW
- 6.3 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.4 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE
- 6.5 Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS)
Vorlage: 18/SVV/0369
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

- 6.6 Miteinander leben - Respekt im Alltag
Vorlage: 18/SVV/0452
Fraktion SPD
- 6.7 Miethöhe Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0543
Fraktion DIE LINKE
(zur Erledigung)
- 6.8 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0581
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Fortsetzung freiLand Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0584
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 7.2 Bestimmung eines Mitgliedes des Hauptausschusses für das Begleitgremium
"Zukunft freiLand"
gemäß Mitteilungsvorlage: 18/SVV/0584
- 7.3 Geflüchtete in der Landeshauptstadt Potsdam 2017
Vorlage: 18/SVV/0647
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 7.4 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2017
Vorlage: 18/SVV/0664
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 7.5 Information zur Klimapartnerschaft Stadt und Wissenschaft

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 29.08.2018**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 6.4 - Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, Vorlage: 18/SVV/0348, **zurückzustellen**, da hierzu das Votum des Jugendhilfeausschusses fehlt.

Darüber hinaus schlägt er vor, unter „Mitteilungen der Verwaltung“ über das weitere Verfahren zum Minsk zu informieren und auf Bitte der Fraktion CDU/ANW zu dem öffentlich gewordenen Mailverkehr aus dem Jugendamt Stellung zu nehmen.

Im Weiteren beantragt Herr Dr. Scharfenberg, dass der Tagesordnungspunkt 6.8 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH, Vorlage: 18/SVV/0581, **zurückgestellt** wird, da vereinbart worden sei, einen neuen Mustergesellschaftsvertrag vorzulegen, was aber noch nicht passiert sei. Damit werden von der Fraktion DIE LINKE die Voraussetzungen für die Behandlung der o.g. Vorlage als nicht gegeben angesehen. Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter für Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bestätigt die Zusage, den Mustergesellschaftsvertrag im September 2018 vorzulegen. Hier habe sich die Verwaltung bezüglich des Aufwandes verschätzt, was er zu entschuldigen bittet und für November 2018 den Mustergesellschaftsvertrag avisiert.

Abstimmung:

Der Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 6.8 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH, DS 18/SVV/0581 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 81. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29.08.2018 wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

**zu 3 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für die
Landeshauptstadt Potsdam sowie Schwerpunkte der kommunalen
Kriminalitätsprävention
gemäß Beschluss: 16/SVV/0719**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Leiter der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, der mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2017 vorstellt. Er geht in seinen Ausführungen auf **Einsatzangelegenheiten**, wie z.B. die Anzahl der Einsätze bei Verkehrsunfällen, die **Kriminalitätslage**, wie z.B. Straftaten zu

ausgewählten Deliktbereichen und in ausgewählten Stadtteilen sowie die Deliktverteilung und die **Verkehrslage** ein.

Anschließend beantwortet Herr Toppel die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Kirsch, ob es Vergleiche zu ähnlich großen Städten und Straftaten durch sogenannte Clans gebe. Außerdem von Herrn Dr. Scharfenberg zur Wirksamkeit der Videoüberwachung am Hauptbahnhof und von Herrn Heinzel zum Verhältnis zwischen den tatsächlichen Delikten und der gefühlten Sicherheitslage. Hierzu betont Herr Toppel, dass Potsdam eine sichere Stadt sei und bei Kriminalitätsdelikten weit hinter den anderen kreisfreien Städten liege. Auf die Nachfrage von Frau Armbruster nach Fällen von Alkohol- und Drogenmissbrauch am Hauptbahnhof durch sehr junge Jugendliche und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt respektive Jugendamt, bestätigen er und der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Herr Schubert, dass diese Zusammenarbeit bestehe und auch gut funktioniere. Ein Problem des genannten Drogenmissbrauchs hingegen sehe er nicht.

Bezüglich der Verkehrslage, so Herr Toppel, seien Unfälle von und mit Radfahrern zunehmend ein Problem, was zukünftig einer noch größeren Aufmerksamkeit bedürfe. Insbesondere das Überfahren roter Ampeln sei eine Unsitte in dieser Stadt. Er bestätigt die Anmerkung des Oberbürgermeisters, dass Unfallschwerpunkte nicht die allgemein angenommenen Orte, wie z.B. am Landtag seien, sondern eher Orte die als übersichtlich gelten.

zu 4 **Inanspruchnahme des BMI-Förderprogrammes "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" für das Projekt "Neues Funktionsgebäude im Strandbad Babelsberg für Bäderlandschaft Potsdam und Potsdamer Seesportclub"**

Vorlage: 18/SVV/0658

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und betont, dass es zwar keine Garantie für den Erhalt der Fördermittel gebe, der Versuch aber trotzdem unternommen werden sollte. Frau Armbruster bittet um eine vorherige Abstimmung mit dem Direktor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Auf den Verweis des Oberbürgermeisters, dass dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich sei, wird eine Protokollnotiz vereinbart, dass die Maßnahme in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten umgesetzt wird.

Bezug nehmend auf den Vorschlag von Herrn Tomczack, die räumliche Lösung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzustellen, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dies in einer der letzten Hauptausschusssitzungen bereits passiert sei, aber wiederholt werden könne, wenn die Mittel fließen sollten.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Projekt "Neues Funktionsgebäude im Strandbad Babelsberg für Bäderlandschaft Potsdam und Potsdamer Seesportclub" einen Antrag im Rahmen des Förderprogrammes "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" zu stellen und sicher zustellen,

dass dafür die erforderlichen investiven Eigenmittel rechtzeitig und vollumfänglich, bei Projektauswahl, zum Zuwendungsvertrag bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Austragung des PRIX EUROPA

Vorlage: 18/SVV/0663

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Vorlage wird von Herrn Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, eingebracht. Der Oberbürgermeister verweist in seinen Ausführungen darauf, dass es hierzu eine enge Abstimmung mit dem Land und dem RBB gegeben habe, die dazu auch einen aktiven Beitrag leisten. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, was mit dem Anteil der Stadt finanziert werden solle, entgegnet Herr Jetschmanegg, dass die Mittel Teil der Gesamtfinanzierung und nicht für spezielle Teile der Veranstaltung vorgesehen seien. Er betont, dass die Stadt eine Chance darin sehe, den PRIX EUROPA mit anderen Orten und Veranstaltungen in Potsdam zu verknüpfen – es sei keine in sich geschlossene Veranstaltung. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass sich mit den anderen Partnern auf diesen Betrag, bei dem es man sich um eine Anteilsfinanzierung handele, geeinigt habe. PRIX EUROPA solle als Marke für die Stadt entwickelt werden; deshalb die Beteiligung des Landes und deshalb der Letter of Intent. PRIX EUROPA gebe es bereits in Berlin, habe dort aber nicht den verdienten Stellenwert.

Herr Kirsch betont, dass der PRIX EUROPA auch als Wirtschaftsmotor eine gute Idee sei.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt,

- 1. den Letter of Intent gemäß Anlage zur gemeinsamen Austragung des PRIX EUROPA mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg zu unterzeichnen,**
- 2. bei Vorliegen der rechtlichen und haushalterischen Voraussetzungen für die Austragung des PRIX EUROPA eine jährliche Zuwendung von bis zu 100.000 Euro zu gewähren.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Weiternutzung Rechenzentrum

Vorlage: 17/SVV/0536

Fraktion DIE LINKE

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 6.1 – 6.3 gemeinsam zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Er verweist darauf,

dass alle drei Anträge aus einer Zeit stammen, als es den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, DS 17/SVV/0720 vom 08.11.2017 noch nicht gegeben habe. Nun müsse sich zum weiteren Umgang mit den Anträgen verständigt werden. Aus seiner Sicht haben sich die Anträge mit dem genannten Beschluss erledigt.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt namens der Fraktion DIE LINKE, dass der genannte Beschluss dem Grundgedanken des Antrags 17/SVV/0536 folge und er deshalb **zurückgezogen** werde. Er betont, dass die Meinung der Fraktion zu dieser Thematik aber die gleiche bleibe.

Für die Fraktion CDU/ANW erklärt Herr Finken, dass sich die DS **17/SVV/0708 durch Verwaltungshandeln erledigt** hat.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Frau Armbruster, dass der Antrag **zurückgezogen** werde.

zu 6.2 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Fraktion CDU/ANW

durch Verwaltungshandeln erledigt

zu 6.3 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgezogen

zu 6.4 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt

zu 6.5 Neufassung der Honorarordnung - Volkshochschule Potsdam (VHS)
Vorlage: 18/SVV/0369
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Frau Aabel, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, verweist auf die vorliegende neue Fassung, die nach der Behandlung im Ausschuss für Finanzen am 20.06.2018 durch die Fachverwaltung erneut überprüft und inhaltlich überarbeitet wurde. Im Ergebnis sei nun ein Honorar zwischen 32 und 35 EUR je Unterrichtseinheit (statt 28 – 35 EUR) vorgesehen. Eine entsprechende Synopse auf der Seite 3 der neuen Fassung erläutere die vorgenommenen Änderungen.

Herr Heuer kritisiert in seinen Ausführungen die Verfahrensweise. Im Ausschuss für Finanzen sei ein einheitliches Honorar von 35 Euro gefordert worden. Außerdem können im Ratsinformationssystem Änderungen nicht mehr nachvollzogen werden, da nur noch die neue Fassung eingestellt sei. Darüber hinaus sei für ihn fraglich, warum der Vorschlag einer Dynamisierung nicht angenommen werde.

Frau Aubel entgegnet, dass sich der Geschäftsbereich bezüglich der Verfahrensweise in der Verwaltung informiert habe und im Ergebnis die Neufassung empfohlen wurde. Im Weiteren verweist sie auf die rechtliche Prüfung des sogenannten „Berliner Modells“ bei dem sich die Stadt an den Sozialbeiträgen der Dozierenden beteilige. Das Ergebnis werde im Dezember vorgestellt. Die von Herrn Heuer angesprochene Dynamisierung korrespondiere nicht mit einer freiberuflichen Tätigkeit und betreffe auch andere Honorarkräfte wie z.B. der Musikschule. Im Weiteren werde der Geschäftsbereich zum Thema Fortbildung mit den Dozierenden das Gespräch suchen.

Der Oberbürgermeister plädiert für einen einheitlichen Satz von 35 Euro und spricht sich gegen eine Dynamisierung aus, da es sich bei den Dozierenden nicht um tariflich Beschäftigte handle. Auf Nachfrage bestätigt er, dass die Verwaltung den Vorschlag „35 Euro für alle“ übernehme.

Herr Tomczack bittet darum, den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 06.06.2018 abzustimmen.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 06.06.2018 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 2 Ja-Stimmen.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die modifizierte Fassung der Honorarordnung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Neufassung der Honorarordnung – Volkshochschule Potsdam (VHS)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6.6 Miteinander leben - Respekt im Alltag

Vorlage: 18/SVV/0452

Fraktion SPD

Herr Heuer verzichtet namens der Fraktion SPD auf eine erneute Einbringung und verweist auf die Ausführungen dazu in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, führt dazu aus, dass in der Stadt bereits viele Kampagnen laufen.

Wenn der Antrag so zu verstehen sei, dass dieses Anliegen in die bestehenden Kampagnen einbezogen werden könne, stimme die Verwaltung dem zu. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Art und Weise dieser Einbeziehung noch konkret dargestellt werde.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass dieses Verfahren „etwas lieblos“ sei und dem Anliegen nicht gerecht werde. Er schlägt vor, das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ um eine Stellungnahme zu bitten und das dann auf dieser Basis weiterzuführen. Herr Heuer betont, dass es sich hier zunächst um einen Prüfauftrag handele und der sei nicht mit einem Satz erledigt. Er plädiert dafür, das Anliegen ernst zu nehmen. Dieses in die Hände des Bündnisses zu legen, halte er für einen gangbaren Weg.

Herr Jetschmanegg stellt anschließend seine Ausführungen klar und betont, dass er die Einbeziehung in bestehende Kampagnen schon im Sinne einer konkreten Untersetzung des „wie“ gemeint habe. Dies könne mit dem Bündnis noch einmal reflektiert werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Kampagne „Potsdam zeigt Respekt“ für die Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt werden kann.

Dafür sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie das Zusammenleben im alltäglichen Miteinander, die Akzeptanz und Anerkennung, die Höflichkeit und Freundlichkeit sowie Rücksicht und Vorsicht der Menschen untereinander positiv gefördert werden können.

Die kampagnenerfahrenen Akteure in der LHP wie beispielsweise der Bereich Marketing, das Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ oder der ViP mit seiner Kampagne „Helden des Alltags“ sollen einbezogen werden.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im März 2019 berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 6.7 Miethöhe Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0543
Fraktion DIE LINKE
(zur Erledigung)

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass dieser dem Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen wurde.

In der sich anschließenden Diskussion führt Herr Kirsch aus, dass er das Anliegen für problematisch halte, denn um es durchsetzen zu können, müssten auch Bau- und Handwerkerkosten gedeckelt werden. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass bezahlbare Mieten ein großes Thema in der Stadt sei und Mieten im kalkulierbaren Rahmen bleiben müssen. Seinen Vorschlag, die Worte „zu drängen“ durch „hinzuwirken“ zu ersetzen, übernimmt Herr Dr. Scharfenberg.

Die so geänderte Fassung des Antrags wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Deutschen Wohnen darauf hinzuwirken, dass die ursprünglich zugesagte Mietobergrenze von 8,50 Euro für die geplanten Wohnungen in Krampnitz vertraglich festgeschrieben und umgesetzt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2018 über das Ergebnis der Bemühungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

- zu 6.8** **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH**
Vorlage: 18/SVV/0581
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
zurückgestellt

- zu 7** **Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 7.1** **Fortsetzung freiLand Potsdam**
Vorlage: 18/SVV/0584
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Frau Aubel, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage. Herr Schüler fragt nach, warum der bestehende Pachtvertrag nicht verlängert wurde und betont, dass das jetzt gewählte Verfahren nicht dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung entspreche.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass, wie so oft, der „Teufel im Detail stecke“. Anliegen sei es, so wenig wie möglich zu ändern, aber trotzdem einen rechtssicheren Vertrag zu erhalten.

Hier gehe es um eine Lösung für ein Jahr, so Herr Dr. Scharfenberg, mit dem Ziel, die Arbeitsfähigkeit zu sichern. Wenn beide Seiten nach den Verhandlungen guten Gewissens unterschreiben können, dann sei das in Ordnung.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Bestimmung eines Mitgliedes des Hauptausschusses für das Begleitgremium "Zukunft freiLand" gemäß Mitteilungsvorlage: 18/SVV/0584

Bezug nehmend auf die Mitteilungsvorlage, DS 18/SVV/0584, ist u.a. ein Mitglied des Hauptausschusses für das Begleitgremium zu benennen, so der Oberbürgermeister.

Auf seine Bitte um Vorschläge, werden

- von Herrn Finken für die Fraktion CDU/ANW - **Herr Heinzl**,
- für die Fraktion DIE aNDERE - **Herr Tomczak** und
- von Herrn Schüler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - **Frau Armbruster**

vorgeschlagen.

In der folgenden offenen Abstimmung (gegen die sich kein Widerspruch erhebt) erhalten:

Herr Heinzl – 9 Stimmen
Herr Tomczak – eine Stimme
Frau Armbruster – 3 Stimmen.

Damit wird Herr Heinzl in dem Begleitgremium mitarbeiten.

**zu 7.3 Geflüchtete in der Landeshauptstadt Potsdam 2017
Vorlage: 18/SVV/0647**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Dr. Müller merkt an, dass in der Mitteilungsvorlage zwar Aufgaben, aber keine Lösungsansätze skizziert seien.

Dies, so Frau Grasnick, sei ein Statusbericht und somit eine Beschreibung des Ist-Standes. Die Festlegung entsprechender Maßnahmen sei die Aufgabe aller und der nächstfolgende Schritt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7.4 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2017
Vorlage: 18/SVV/0664**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Fanni Schmidt von der WerkStadt für Beteiligung erläutert mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die statistische Auswertung des Maerker-Portals 2017.

Herr Heuer betont daran anschließend, dass er in diesem Zusammenhang den gewählten Tenor, von Hinweisen zu sprechen und nicht von Beschwerden, positiv sehe. Er könne aus eigener Erfahrung bestätigen, dass das Portal seinen Kernzweck in hervorragender Weise erfülle.

Diesem positiven Votum schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an.

zu 7.5 Information zur Klimapartnerschaft Stadt und Wissenschaft

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Lippert, Koordinierungsstelle Klimaschutz, führt aus, dass die Landeshauptstadt Potsdam seit 2016 zu den 41 Masterplan-Klimaschutz-Kommunen gehöre, mit der Zielstellung, ihren CO₂-Ausstoß und ihren Endenergieverbrauch bis 2050 zu senken. Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, bedarf es eines stetigen Transfers neuester Ergebnisse aus der Forschung, wozu die zahlreichen Institute und Lehreinrichtungen in Potsdam genutzt werden sollen, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Klimafolgenwirkungen befassen. Die Zusammenarbeit im Sinne der städtischen Zielstellung wollen die Beteiligten mit der Vereinbarung zum „Letter of Intend Klimapartner Stadt und Wissenschaft“ untersetzen; eine entsprechende Beschlussvorlage wird in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt.

neu Verfahren zum Minsk

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Herr Rubelt, nimmt Bezug auf den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, zur weiteren Bebauung des Brauhausberges ein Werkstattverfahren durchzuführen. In Vollzug dieses Beschlusses sei vorgesehen, Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, externe Fachleute, wie die Gewinner des städtebaulichen Wettbewerbs, (wobei diese Bürogemeinschaft so nicht mehr existiere) sowie ein Mitglied des Gestaltungsrates und ein Mitglied der alten Jury einzubeziehen. Darüber hinaus natürlich Vertreter der Stadtwerke und die Verwaltung selbst.

Damit sei aus Sicht des Geschäftsbereichs ein „guter“ Kreis von Experten eingebunden und der Rahmen für das Verfahren gewährleistet.

Zum zeitlichen Rahmen führt er aus, dass für das Werkstattverfahren der 20. November avisiert werde sowie ein mündlicher Bericht in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung. Sollten darüber hinaus weitere Fragen im Rahmen des Werkstattverfahrens auftreten, so wolle man diese in einer Art Themenspeicher sammeln.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dieses Thema in der nächsten Hauptausschusssitzung erneut aufzurufen und die Planung schriftlich vorzulegen.

zu 8 Sonstiges

Der Oberbürgermeister bittet den Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Herrn Schubert zu dem öffentlich gewordenen Mailverkehr aus dem Jugendamt Stellung zu nehmen.

Herr Schubert räumt ein, dass hier Fehler gemacht wurden. Er habe dies intern ausgewertet und zum Anlass genommen, die Mitarbeitenden für Sprachregeln und den Umgang mit Mailverkehr zu sensibilisieren. Noch am Tag der Mail habe er entschieden, den in Rede stehenden Mediator hinzuzuziehen und deutlich gemacht, dass er den gewählten Sprachgebrauch auch intern für unangemessen halte.

Der Jugendamtsleiter habe sich in der gestrigen Sitzung des Elternbeirates entschuldigt.